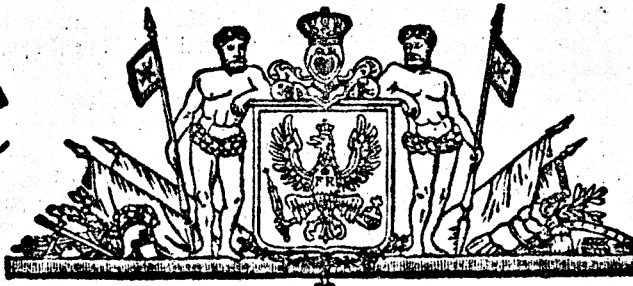


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Bellagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Sauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Rückgabe der deutschen Lokomotiven.

Unbenützlich für schlechte Kohle.

Der „Matin“ berichtet, daß die französische Regierung beschlossen hat, die deutschen Lokomotiven bis auf einen kleinen Teil zurückzugeben. Nach seinen Mitteilungen können die meisten deutschen Lokomotiven in Frankreich nicht benutzt werden, da ihre Herbohrungen auf Verwendung von Kohle bester Qualität mit einem Wessensstand von höchstens 10 v. H. zugeschnitten sind, während die mit schlechterer Kohle gefeuerten französischen Lokomotiven auf größere Wessensmenge berechnet sind. So erklärt es sich, daß die unter die französischen Eisenbahngesellschaften verteilten deutschen Lokomotiven bis auf einen kleinen Teil in den Schuppen stehen, obgleich Frankreich großen Bedarf an Lokomotiven hat. Dem „Matin“ zufolge hätte Deutschland statt der im Waffenstillstandsabkommen zugesagten 5000 Lokomotiven nur 2000 abgeliefert, und von diesen wird Frankreich 1700 zurückgeben. Die Rückgabe wird — so versichert der „Matin“ — in nächster Zeit erfolgen.

Nach den Erkundigungen, die wir eingezogen haben, liegt Grund zu der Annahme vor, daß die Nachricht des „Matin“ zutrifft. Die Zahl der von Deutschland abgelieferten

Lokomotiven wird von dem Pariser Blatt allerdings falsch angegeben. Sie ist, wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, bedeutend höher und erreicht beinahe die im Waffenstillstandsvertrag geforderte Ziffer.

Lehrpersonal für die abgelieferten Dampfplüge.

W. T. B. gibt bekannt: Die französische Regierung ist an die deutsche Regierung mit der Bitte herantreten, ihr für die von Deutschland auf Grund des Waffenstillstandsvertrages gelieferten Dampfplüge Lehrpersonal zur Einarbeitung französischer Dampfplügführer zur Verfügung zu stellen. Benötigt werden zunächst etwa 35 Mann, die in Eiffons unter einem Berater der deutschen Waffenstillstandskommission geschlossen arbeiten sollen. Für völlige Bewegungsfreiheit, gute Behandlung und Schutz gegen jenkische Verhaftung hat die französische Regierung alle Garantien übernommen. Tagelohn bei freier Wohnung und freier Verpflegung 20 französische Francs, gleich heute etwa 60 M. Dauer der Verwendung mindestens zwei Monate. Eintritt sofort. Gesuche sind zu richten an die Waffenstillstandskommission, Abt. IV, Berlin, Budapester Straße 14.

Das Rätelsystem in England.

Von Dr. Ph. A. Keller.

Erst langsam beginnt die Aufklärung darüber, wie sich die Volkswirtschaft unserer Feinde im Westen entwickelt hat; es wird sich wahrscheinlich zeigen, daß für unsere Unterschätzung des Gegners neben vielen anderen Gründen auch der eine Rolle spielte, daß unsere Öffentlichkeit gar kein Bild darüber hatte, welche organisatorischen Kräfte auch dort am Neuaufbau der Wirtschaft tätig waren; nur so konnte es geschehen, daß die leitenden Stellen teils aus Unfähigkeit zu richtiger Beurteilung, teils tendenziös zur Erhaltung der geschlossenen Widerstandsfähigkeit und -lust die Vorstellung einer am Abgrund stehenden Wirtschaft bei den Feinden im weiten Volkstreiben hervorriefen. In Wirklichkeit leisteten die Westmächte ungeheures an Organisation, und es gibt Anlaß zu ernstesten Erwägungen, wenn wir finden, daß auch dort ganz verwandte Probleme zu lösen waren wie bei uns und nur anders aufgefaßt wurden. Das zeigt sich an England, das ja immer als das Land mit dem stärksten Empfinden für geschichtliche Notwendigkeiten, besonders auf sozialem Gebiete, gegolten hat, wodurch ihm eine so relativ konfliktlose Entwicklung ermöglicht wurde. Ähnlich wie in Deutschland erlebte auch England seit dem Jahre 1916 bereits eine große Welle von Lohnbewegungen und Streiks, die uns ja zur Genüge mitgeteilt und mit kühnen Hoffnungen begleitet wurden. Es kam hier der Widerstand der Arbeiterschaft gegen die sehr harten Bestimmungen der Munitionsgesetze zum Ausdruck, auch ein Protest gegen die Verteuerung der Lebenshaltung war darin zu sehen; in erster Linie aber war es wohl doch der Wille, die so plötzlich erungene Machtstellung im Staate zu einer gründlichen Reform der Verfassungsverfassung, des Verhältnisses zu benutzen, in dem der Arbeiter im Produktionsprozeß stand. Daß die Öffentlichkeit die Streikbewegungen, besonders die wilden Streiks, wirklich so aufnahm, geht daraus hervor, daß bereits 1917 das Parlament einen besonderen Ausschuss einsetzte, den Witten-Ausschuss; er war eine Unterabteilung des Resolutions-Komitees für den Wiederaufbau der Wirtschaft, er sollte ausdrücklich die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern untersuchen. Man sah eben, daß das Problem des Wiederaufbaues mit der Aufgabe, den Arbeitern eine neue Stellung im Wirtschaftsaufbau zu geben, eng zusammenhing, besonders nach ihrer Machtstellung im Kriege.

Dieser Ausschuss veranstaltete Enqueten und verfaßte Berichte über den Zustand der sozialen Lage, sowie Vorschläge für eine einverständliche Regelung zwischen Kapital und Arbeit. Es ist nun außerordentlich bezeichnend, wie diese Berichte und Vorschläge an die bestehenden Gegensätze und die radikalen Forderungen der Arbeiter anknüpfen. Als Herd, besonders der wilden Streiks, erschienen in England in den letzten Jahren die shop-stewards, die Betriebsvertrauensleute. Ähnlich wie in Deutschland hatte sich gegenüber den Gewerkschaften und ihrer beruflichen Grundlage der Zusammenfassung sowie dem damit verbundenen mehr zentralistischen Charakter eine Opposition geltend gemacht; diese führte dazu, daß in den Betrieben Vertrauensleute der verschiedenen Berufe zu einem Ausschuss zusammentraten, der sich mit den Betriebsausschüssen des betreffenden Gebietes oft zu einem Distriktsausschuss vereinigte. Diese Organe mit ihrer Verhandlungskompetenz gegenüber den Unternehmern und der Geltendmachung häufig nur lokaler Forderungen bereiteten der nationalen, d. h. den ganzen Beruf des Landes umfassenden Politik der Gewerkschaften ernste Schwierigkeiten. Der Witten-Bericht läßt das nicht außer acht, er geht von diesen Betriebsräten und dem dezentralistischen Prinzip, das sie darstellen, aus und schlägt zunächst die Bildung von Räten für Betriebe und ihre Zusammenfassung zu Distriktsräten vor; über diesen sollen sich dann die Joint standing industry councils für ganze Industriezweige aufbauen. Das entscheidende ist, daß dieser Aufbau von unten beginnt und paritätische Zusammenfassung aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter vorsieht. Es sind nicht notwendig neue Organe, denen die noch zu besprechenden Kompetenzen zu übertragen sind, es können auch bereits bestehende Institutionen ähnlichen Charakters einfach in das System einbezogen werden, wie Einigungsämter, Schlichtungsausschüsse u. dgl. mehr. Dadurch werden die lokalen Interessen der Arbeiter mit denen der Unternehmer zusammengebracht und eine Gemeinsamkeit erzeugt, indem die unteren Stufen des Rätelsystems in gemeinsamer Arbeit die Durchführung der Beschlüsse der höheren Instanz anzuordnen und sie den individuellen Bedürfnissen gemäß auszubauen haben. Zugleich wird aber damit die dezentralistische gerichtete Opposition in der Arbeiterschaft anerkannt und organisch eingebaut, während den Gewerkschaften der entsprechende Einfluß auf die höheren Räte gewahrt bleibt. So wird versucht, die vorhandenen Gegensätze durch Einbeziehung der sich bekämpfenden Bestrebungen in das Ganze nutzbringend zu verwerten.

Die Kompetenzen konnten bei dieser Form naturgemäß sehr weitgehende sein und deuten auf die von der Regierung angestrebte Schaffung von Selbstverwaltungskörpern hin; Neben Lohnfragen usw. gehören dazu Ausnutzung des Wissens und der Erfahrung der Arbeiter, Unterzeichnung über Gewinnbeteiligung, Verhandlung zur Verhütung von Streikhandlungen.

„Das Joch der Verbündeten.“

Bern, 16. September. (W. T. B.)

Angeichts der energischen Maßnahmen Nittis gegenüber dem Unternehmen d'Annunzio's rückt die römische Presse und auch der „Corriere della Sera“ von Nitti ab, indem sie darauf hinweist, daß die Abhängigkeit Italiens von der Entente nicht so groß sei, wie Nitti sie darstellen wolle. Seine Besorgnis sei daher übertrieben. „Secolo“ erklärt, daß man das Vorgehen d'Annunzio's nicht „gutheißen“, aber ebenso wenig verurteilen könne. „Italia“ sagt, das Joch der Verbündeten laste sehr hart auf Italien. Die wirtschaftliche Abhängigkeit habe Italien einer Gloriet unterworfen, die jede freie Bewegung ausschließe.

Das Schicksal Ostgaliziens.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Wien, 16. September.

Der ukrainische Pressedienst meldet: Aus Pariser Konferenzkreisen erfahren wir, daß der Viererrat den polnischen Antrag zurückgewiesen hat, Ostgalizien dem polnischen Staate einzuverleiben. Dadurch ist der provisorische Charakter des Statuts für Ostgalizien, welches in den nächsten Tagen von den Ententekommissionen und vom Obersten Rat fertiggestellt wird, gesichert. Das vom Viererrat in Paris ausgearbeitete Statut läßt Ostgalizien mit Lemberg als ein selbständiges Land erscheinen, das seinen eigenen Landtag wählt. Polen erhält ein provisorisches Mandat des Völkerbundes, doch wird die Verwaltung des Landes der Bevölkerung, also nicht den Polen allein, sondern zugleich der ukrainischen Mehrheit und den deutschen und jüdischen Minderheiten übertragen. Aus Verkehrsrückichten dürften Polgrenzen, Eisenbahnen, Post und Telegraphen mit Polen für die Dauer des Mandats des Völkerbundes gemeinsam sein. Die endgültige Entscheidung über Ostgalizien wird eine Volksabstimmung bringen, über deren Modalitäten noch nichts bekannt ist. Das provisorische Mandat Polens kann nicht von langer Dauer sein, da der Wiederaufbau des vollständig verwüsteten Landes die endgültige Zugehörigkeit zu einer selbständigen und unabhängigen Ukraine beschleunigen muß.

Die ukrainische Auffassung über die Pläne der Pariser Konferenz bezüglich Ostgaliziens scheint allzu optimistisch zu sein. Aus dem bisherigen Verhalten der Entente ist zu schließen, daß sie zunächst die völlige Annexion Ostgaliziens durch Polen ablehnt und für einen späteren Zeitpunkt eine Volksabstimmung vorsieht. Das Land bleibt aber, von einem Schuß der „Minoritäten“, unter denen die Ukrainer und Juden verstanden werden in kultureller und religiöser Beziehung abgesehen, unter völliger polnischer Verwaltung. Die Polen haben völlige Freiheit, Ostgalizien, das in den Städten starke polnische Minoritäten aufzuweisen hat, nach Gefallen zu polonisieren. Sie allein werden später die Volksabstimmung leiten und kontrollieren. Wer die Verhältnisse in Ostgalizien kennt, weiß, daß die Beamenschaft schon früher fast rein polnisch gewesen ist, weiß, wie im Frieden galizische Wahlen genächt wurden; dem kann schon heute nicht zweifelhaft sein, wie das Ergebnis der Volksabstimmung nach weiterer jahrelanger Polonisierungsarbeit aussehen wird. Es muß auch auffallen, daß von polnischer Seite, die über die Absichten der Pariser Konferenz besser unterrichtet sein dürfte als die ukrainische, gegen eine solche den Polen ungünstige Entscheidung noch nicht remonstriert worden ist. Die Polen, die in Ostgalizien, besonders um Lemberg, monatelange eskalierete

Kämpfe geführt haben, die schließlich zur Besetzung ganz Ostgaliziens geführt haben, würden in der bekannten Weise längst kärm geschlagen haben, wenn sie den späteren völligen Besitz Ostgaliziens gefährdet glaubten.

Ein Giolittianer in der Wiederaufbaukommission.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 16. September.

Der Korrespondent der „Times“ meldet seinem Blatte aus Mailand, daß Bertolini durch die Regierung zum Vertreter Italiens in der Wiederaufbaukommission ernannt worden sei. Diese Ernennung habe die größte Verwunderung in Italien hervorgerufen (in welchen Kreisen jedoch, verschweigt der Korrespondent).

Pietro Bertolini stammt aus Montebelluna in der Provinz Venetien und kam als Abgeordneter seiner Heimat in die Kammer. Zum erstenmal beteiligte er sich an der Regierung als Unterstaatssekretär der Finanzen im Kabinett Crispi und machte dann als Mitarbeiter des energischen Pelloux und als alter ego Sonnino seine staatsmännische Karriere, die ihn im Kabinett Giolitti 1907 auf den Ministerposten führte, als der Minister der öffentlichen Arbeiten Giannone auswich. Bertolini hatte sich durch seine Politik der festen Hand gegenüber den ultraradikalen Bestrebungen der äußersten Linken eine Stellung gemacht. Fünf Jahre später wurde er Kolonialminister. Er gilt als guter Kenner Deutschlands und Englands und hat auch ein sehr geschätztes Buch über die Lokalverwaltung in England geschrieben. Während des Krieges stand er unentwegt im Lager der Anhänger der Neutralität und blieb der aufrichtige Deutschenfreund, der er stets gewesen war.

Monarchistische Bewegung in China.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 15. September.

Die „Times“ melden aus Peking vom 8. September, daß die Zustände in der Mongolei sich in ganz eigenartiger Weise entwickeln. Etwa 2500 Mann chinesischer Truppen seien nach den entferntesten Teilen der Mongolei geschickt worden, um die Mongolen bei der panmongolischen Bewegung unter Leitung des Rosaken-Generals Semjonow, der in Charbin eine Art selbständige Regierung gebildet hat, zu unterstützen. Semjonow, der sich auf Einladung des General-Gouverneurs der drei mandchurischen Provinzen auf den Weg nach Mukden begeben hat, wurde dort mit außergewöhnlicher Ehrerbietung von allen chinesischen Behörden empfangen.

Stuhlweissenburg als Hauptstadt Ungarns.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Wien, 15. September.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Budapest: Das Kabinett Friedrich beabsichtigt mit Rücksicht darauf, daß Budapest unter fremder Besatzung steht, die Hauptstadt des Landes nach Stuhlweissenburg (der Alten ungarischen Krönungsstadt) zu verlegen. Auch die Nationalversammlung soll dorthin einberufen werden. Friedrich verhandelt diesbezüglich bereits mit den Rumänen, die der Einberufung der Nationalversammlung nach Budapest Schwierigkeiten in den Weg legten.